

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 20

Artikel: Umwelt in der DDR
Autor: Röder, Siegfried
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093706>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Umwelt in der DDR

Die Leute, die zurzeit aus der DDR fliehen, tun es zumeist, um ihrer Bevormundung durch einen altsozialistisch gebliebenen Staat zu enttrinnen. Aber bedroht wird die DDR auch durch eine Umweltzerstörung, die sich im Ost-West-Vergleich schlimm ausnimmt.

Leipzig und Umgebung bilden neben Halle und Cottbus die sogenannte Energiebasis der DDR. Hier befinden sich riesige Braunkohletagbaue, deren Vorkommen die Grundlage der Energieproduktion bilden. Nach unterschiedlichen Statistiken stossen die Braunkohlebergwerke der DDR jährlich insgesamt zwischen 4,5 und 6 Mio t Schwefeldioxyd aus. Etwa 3 Mio t gehen jährlich auf das Gebiet von Halle–Leipzig und Umgebung nieder. Das ist etwa ebensoviel wie in der gesamten Bundesrepublik.

Diese Zahlen dürfen aber in der DDR nicht veröffentlicht werden. Niemand soll erfahren, dass die verbrannten Braunkohlebriketts sowie die chemische Industrie zu den größten Luftverschmutzern in Europa zählen.

Bei entsprechenden Windverhältnissen ist die Leipziger Luft schwer und dick, ein bitterer Gestank, der sich oft tagelang hält und das Atmen beschwert. Oft mischen sich die Schwefelschwaden aus Lippendorf und Thierbach noch mit den Giften, die von den naheliegenden Chemiegiganten aus Halle/Leuna/Merseburg hinüberwehen. Das alles quillt Tag und Nacht aus den mit völlig veralteten Filteranlagen versehenen Kraftwerke. Allein im Gebiet Halle–Leipzig rauchen etwa 6000 Grossschornsteine, von denen jeder auf seine Weise die Luft verpestet. Hinzu kommen Hunderttausende von Kaminen auf den Wohnhäusern, die in der Heizperiode das ihrige zur dicken Luft beitragen. Und eine moderne Verbrennungstechnologie ist nicht in Sicht, da kein Geld vorhanden ist.

Zum Vergleich: Die West-Berliner Elektrizitätswerke stossen derzeit etwa 60 000 Tonnen Schwefeldioxyd jährlich aus. Um diese Menge zu halbieren – was vorgesehen ist –, müssen 2 Mia DM investiert werden. Es ist deshalb zweifelhaft, ob es der DDR bis zum Jahre 1993 gelingt, ihren mehrere Millionen Tonnen betragenden Ausstoss von Schwefeldioxyd um 30 % zu senken, wie es das von ihr unterzeichnete ECE-Abkommen vor-

sieht. Auch Experten der Bundesrepublik, wie Dr. Schwartau vom «Deutschen Wirtschaftsinstitut», bezweifeln stark, dass die DDR dies angesichts ihres chronischen Devisenmangels auch nur annähernd erreichen wird.

Laut der «Leipziger Volkszeitung» sind auch der Stadtrat und der Oberbürgermeister der Stadt nicht in der Lage, eine Besserung zu bewirken. Ähnlich geht es der benachbarten Stadt Bitterfeld.

Angesichts solch trüber Aussichten ist es verständlich, dass sich in der DDR eine immer selbstbewusster und ungeduldiger werdende Ökologiebewegung zu Wort meldet, die den Staat nachdrücklich auf die Versäumnisse in Sachen Umweltschutz aufmerksam macht und Abhilfe fordert. «Für mich persönlich steht das Bedürfnis nach sauberer Luft, trinkbarem Wasser und Gesundheit, nach Natur vor dem Auto und der Anbauwand», zitierte die «Leipziger Zeitung» eine Bürgerin aus der Trabantenstadt Leipzig-Grünau. Dort hatten sich bei einer soziologischen Untersuchung zwei Drittel der Befragten bereit erklärt, konkrete Aufgaben im Umweltschutz zu übernehmen.

Infolge der ständig wachsenden Probleme auf diesem Gebiet ist der Staat nicht abgeneigt, ein solches Angebot anzunehmen, allerdings nur, wenn dies unter seinen Fittichen und seinem Gängelband geschieht. So werden alljährlich zum Tag des Umweltschutzes staatliche Auszeichnungen verliehen.

Die unabdingbaren Umweltschützer hingegen sind lästig und unbequem. Sie werden nach wie vor ins Abseits gestellt, als Ketzer oder gar als Staatsfeinde verschrien und sind Repressalien ausgesetzt. Erst vor wenigen Wochen wurde das in 300 Exemplaren verbreitete «Umwelttelegramm» des Arbeitskreises Ökologie in Halle von der Strasse weg beschlagnahmt. Die Umweltschützer hatten darin auf dringliche ökologische Missstände in der Region aufmerksam gemacht. Verfasserin des Umweltblättchens «Pechblende» in Wittenberg wurde gar die «harte Arbeiterfaust» angedroht, die man angesichts derartiger Veröffentlichungen womöglich nicht mehr bremsen könne. Und ganz in diesem Sinne: Ein Wasserproben-Messkoffer, den ein Dresdner Arbeitskreis

von einer Umweltschutzorganisation der Bundesrepublik geschickt bekam, wurde umgehend konfisziert.

Es bedarf solcher Beispiele kaum, um zu wissen, dass die DDR-Behörden nach wie vor den Begriff Smog zum Unwort erklären, die eine offene Diskussion über den Umweltschutz in ihrem Land stets aufs neue abwürgen. Die Probleme sind gross, und man wird ihrer nicht Herr. Lösungen sind kaum in Sicht. Was bleibt, ist mehr oder minder nur Flickwerk, wie es ein massgeblicher SED-Funktionär in Leipzig resignierend ausdrückte. Ein deprimierender Tatbestand, an dem auch die von der DDR jetzt ins Auge gefasste Sanierung der unglaublich verschmutzten Elbe wenig ändern kann. Man wird wohl auch in absehbarer Zukunft die Autofenster auf der F 95 bei Leipzig strikt geschlossen halten müssen.

Das Kernkraftwerk Rheinsberg bei Berlin soll in den neunziger Jahren stillgelegt werden. Das hat der Erste Stellvertreter des Generaldirektors des Kombinats Kernkraftwerke der DDR, Dr. Wolfgang Brune, in Greifswald mitgeteilt. Einen genauen Termin für die Stilllegung des ersten Kernkraftwerks der DDR nannte er nicht.

Das Rheinberger Kernkraftwerk im Norden des Bezirks Potsdam am Stechlinsee ging im Jahre 1966 nach sechsjähriger Bauzeit in Betrieb. Der Reaktor liefert nur 70 MW. Gründe für die geplante Stilllegung sind nicht bekannt. Das Kernkraftwerk ist erst vor einem Jahr umfassend rekonstruiert worden. Wie aus dem Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz der DDR verlautete, bestünden keine Sicherheitsbedenken. Westliche Experten verweisen darauf, dass Mitte der neunziger Jahre nach drei Jahrzehnten das Ende der Nutzungsdauer erreicht sei und die Unterhaltung dieses Kernkraftwerks vor den Toren Berlins durch den Ausbau des Kernkraftwerks Lubmin bei Greifswald sowie die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Stendal überflüssig werden dürfte.

Der Anteil der Kernenergie an der Elektroenergieerzeugung in der DDR beträgt derzeit rund 10 %. Hauptenergieträger ist nach wie vor die einheimische Braunkohle, was für die DDR mit vielfältigen Problemen verbunden ist.

Nach Ost-Berliner Angaben soll der Ausbau der Kernenergie bis zum Jahre 2000 kontinuierlich fortgesetzt werden. Zur bestehenden Kraftwerksleistung soll eine Leistung von 6000 bis 7000 MW hinzukommen. □